

Quelle: <http://www.westfaelische-rundschau.de/wr/wr.onlinesuche.ergebnis.volltext.php?zulieferer=wr&redaktion=redaktion&dateiname=dateiname&kennung=on3wrPOLWeiNational39221&catchline=catchline&kategorie=kategorie&rubrik=Welt&region=National&bildid=994635&searchstring=kibiz&dbserver=1&dbosserver=1&other=>

"Stechuhr" für Kita-Kinder ist vom Tisch

Düsseldorf. NRW-Familienminister Armin Laschet (CDU) hat mit seinem Vorgehen die Kindergarten-Träger gegen sich aufgebracht. Heute legt er nun den überarbeiteten Entwurf für sein neues Kindergartengesetz vor. Schon gibt es neue Änderungswünsche - auch aus den eigenen Reihen.

"Was unterschrieben wurde, ist nicht eingehalten worden." Paul Saatkamp, Chef der Arbeiterwohlfahrt am Niederrhein, spricht damit für nahezu alle Wohlfahrtsverbände in NRW. Der mühsam zwischen Familienministern und Kindergarten-Trägern ausgehandelte Kompromiss für die künftige Finanzierung der Kindertageseinrichtungen, drohte zu platzen. Wichtige Punkte des Kompromisses, so die Verbände, fanden sich in einem ersten Eckpunkte-Papier Laschets nicht wieder.

Heute nun legt Laschet dem Kabinett seinen nachgebesserten Gesetzentwurf vor. Nach Informationen der WR kommt er den Trägern darin bei einigen Forderungen entgegen. Wichtigster Punkt: Die "Stechuhr" für Kita-Kinder ist vom Tisch. Eine Regelung, wonach die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kita-Gruppe auch an die Länge der wöchentlichen Betreuungszeit des Kindes geknüpft werden soll, wurde von Laschets Ministerium gekippt.

Auch die von den Trägern kritisierte Regelung der Gruppen-Pauschalen per Rechtsverordnung wurde offenbar gestrichen. Stattdessen soll die Finanzierung unmittelbar im Gesetz verankert werden.

Ob damit der Konsens mit den Trägern wiederhergestellt ist, muss sich noch zeigen. Die Verbände kündigten jedenfalls gestern an, beim neuen Gesetzentwurf "ganz genau hinsehen" zu wollen.

Aber: Auch von anderer Seite gibt es Bestrebungen, den Entwurf für das offiziell Kinderbildungsgesetz, kurz "Kibiz", genannte Regelwerk deutlich nachzubessern. Denn der kleine Koalitionspartner FDP meldet ebenfalls Veränderungsbedarf an.

"Wir wollen den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz schon für Zweijährige", sagte NRW-FDP-Generalsekretär Christian Lindner der WR. Bisher gilt der Rechtsanspruch ab dem dritten Lebensjahr. "Das Vorziehen um ein Jahr ist finanziell schon ab dem Jahr 2010 machbar", glaubt Lindner.

Auch wollen die Liberalen ihren Leitspruch "Privat vor Staat" in der Kinderbetreuung durchsetzen. "Im neuen Gesetz soll deshalb die Möglichkeit, privatgewerbliche Unternehmen als Träger von Kindertagesstätten finanziell zu fördern, verankert werden", so Lindner. Damit könnten dann in der Kinderbetreuung Privatunternehmen ihre Dienste anbieten.

21.05.2007 Von Walter Bau